

BBE**BUNDESVERBAND**
Bioenergie e.V.**BGA**
Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, DienstleistungenBundesvereinigung der Deutschen
ERNÄHRUNGS
INDUSTRIE **DER AGRARHANDEL** **Deutscher**
Bauernverband**drv** **Deutscher**
Soja
Förderring **grofor** 
Deutscher Verband des Großhandels
mit Ölen, Fetten und Ölhrohstoffen **OVID - VERBAND DER**
ÖLSAATENVERARBEITENDEN
INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND**uföp**
Union zur Förderung von
Öl- und Proteinpflanzen e. V.

Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz,
Naturschutz und nukleare Sicherheit
Herrn Carsten Schneider
11055 Berlin

per E-Mail: ministerbuero@bmukn.bund.de

Berlin, 27. März 2026

Einstufung von Soja als 'High iLUC'-Rohstoff verhindern – Schaden für Umwelt, Wirtschaft und Arbeitsplätze abwenden

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

als breite Allianz betroffener Betriebe und Landwirte in Deutschland wenden wir uns heute mit einem dringenden Anliegen an Sie: Die EU-Kommission plant derzeit, Soja – die weltweit wichtigste Proteinpflanze – per delegierter Verordnung als Rohstoff mit hohem Risiko indirekter Landnutzungsänderungen („High iLUC“) und somit pauschal als klimaschädlich einzustufen. Wir bekennen uns ausdrücklich zum globalen Schutz wertvoller Naturräume. Aber der Kommissions-Plan läuft den von der Bundesregierung und der EU selbst gesetzten Zielen diametral entgegen, denn Folgen wären eine Verlagerung der heimischen Soja-Wertschöpfung aus Europa heraus, eine erhebliche Gefährdung der Versorgungssicherheit für die europäische Lebensmittelproduktion sowie neue Handelskonflikte.

Wir bitten Sie eindringlich, sich in Ihrer Schlüsselfunktion als Bundesumweltminister dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung an einem Strang zieht, um dieses Vorhaben in Brüssel mit vereinten Kräften abzuwenden. Wir möchten nachdrücklich davor warnen, dass ein ‚German Vote‘ im Sinne einer Enthaltung für den weiteren Prozess auf europäischer Ebene fatal wäre.

In einer Zeit, die von handelspolitischen Spannungen, volatilen Energiepreisen und angespannten Agrarlieferketten geprägt ist, würde der faktische Marktausschluss eines derart zentralen Rohstoffs der gesamten Agrar- und Ernährungswirtschaft zusätzlich massiven Schaden zufügen.

Das kann nicht im Interesse der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien liegen.

Deutschland ist in der EU die Nummer 1 der ölsaatenverarbeitenden Industrie. In keinem anderen Mitgliedsland gibt es so viele Standorte, die Soja auf höchstem Niveau

verarbeiten und damit eine nachhaltige Wertschöpfung bis in den ländlichen Raum generieren. Der Sojaanbau spielt hierzulande eine wachsende Rolle. Die Verwertung für die Biokraftstoffproduktion ist nur ein Teil eines komplexen Wertschöpfungsnetzes und darf deshalb nicht isoliert betrachtet werden.

Die pauschale Einstufung von Soja als High iLUC-Rohstoff würde die Existenzgrundlage vieler Betriebe und Landwirte gefährden. Die weitreichenden Folgen träfen nicht nur die heimische Agrar- und Ernährungswirtschaft schwer, sondern auch zahlreiche Handwerksbetriebe, Zulieferer und weite Teile der gesamten Lieferkette. Der drohende Verlust von Investitionen, Wirtschaftsleistung und guten, tarifgebundenen Arbeitsplätzen wäre gravierend.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir teilen mit Ihnen und Ihrem Haus uneingeschränkt das Ziel, die weltweite Entwaldung zu stoppen. Ein faktisches Verbot von Sojaöl im europäischen Kraftstoffmarkt wird jedoch keinen Fortschritt für den globalen Waldschutz bringen, da die europäische Sojalieferkette bereits heute zu den am strengsten kontrollierten weltweit zählt. Sowohl das energetisch genutzte Sojaöl als auch das in Deutschland verfütterte Sojaschrot sind nachweislich zu 100 Prozent nachhaltig und entwaldungsfrei. Neben den erfolgreichen Branchenstandards zwingt die startende EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte (EUDR) die Wirtschaft zu weiteren massiven Investitionen in die lückenlose Rückverfolgbarkeit. Es wäre ein fatales Signal, wenn eine zusätzliche iLUC-Einstufung nun ausgerechnet jene Akteure bestraft, die im Kampf gegen die Entwaldung bereits erfolgreich vorangegangen sind. Der von der Kommission verfolgte Plan einer pauschalen Hochrisikoeinstufung führt daher in eine völlig falsche Richtung – sowohl wirtschafts- als auch klimapolitisch.

Die Hintergründe und Argumente unserer Position haben wir in dem unten angefügten Faktenpapier für Sie zusammengefasst. Wir bitten Sie herzlich, sich unserer Argumentation anzunehmen. Durch Ihre Unterstützung können Sie entscheidend dazu beitragen, schweren wirtschaftlichen, sozialen und klimapolitischen Schaden abzuwenden.

Für ein persönliches Gespräch stehen wir Ihnen – gerne auch kurzfristig – zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesverband Bioenergie e. V. (BBE)

Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE)

DER AGRARHANDEL - Bundesverband Agrarhandel und Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse e. V.

Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)

Deutscher Raiffeisenverband e. V. (DRV)

Deutscher Sojaförderring e. V.

Grofor Deutscher Verband des Großhandels mit Ölen, Fetten und Ölröhlstoffen e. V.

OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e. V.

Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V. (UFOP)

Begründung und Fakten

Die angestrebte Einstufung von Soja als Rohstoff mit hohem Risiko indirekter Landnutzungsänderungen („High iLUC“) basiert auf einer methodisch höchst fragwürdigen Datengrundlage. Sie ignoriert die ökonomische Realität der europäischen Ölsaatenverarbeitung, birgt immensen sozialen wie wirtschaftlichen Schaden, setzt die Versorgungssicherheit der EU aufs Spiel, riskiert neue internationale Handelskonflikte und gefährdet – im Gegensatz zur Intention – das Ziel einer entwaldungsfreien Lieferkette.

Dabei sind aus unserer Perspektive fünf Punkte entscheidend:

1. Bedrohung der europäischen Versorgungssicherheit und Resilienz

Der fundamentale Fehler im Ansatz der Kommission ist die isolierte Betrachtung von Sojaöl: Europa hat ein erhebliches *Proteindefizit* für die tierische Veredelung. In Europa werden jährlich rund 15 Mio. t Sojabohnen verarbeitet. 80 Prozent der Bohne werden zu Sojaschrot verarbeitet, das für die heimische Produktion tierischer Lebensmittel unverzichtbar ist. Das anfallende Sojaöl (ca. 20 %) ist ein essenzielles *Koppelprodukt*, dessen Absatz im Kraftstoffmarkt die Wirtschaftlichkeit der gesamten Verarbeitung absichert. Fällt dieser Absatzmarkt durch eine „High iLUC“-Einstufung weg, können heimische Ölmühlen im globalen Wettbewerb nicht mehr bestehen.

Die *Konsequenzen* sind fatal: Die Verarbeitung wird aus Europa *abwandern*. Wir müssen anstelle von Sojabohnen künftig reines Sojaschrot aus Drittstaaten importieren und machen den im Aufbau befindlichen europäischen Sojaanbau unwirtschaftlich. Damit begibt sich die europäische Lebensmittelversorgung unnötig in *externe Abhängigkeiten* und verliert an Resilienz gegen geopolitische Schocks. Ein herber Rückschlag für die *Proteinstrategie*, die für die nachhaltige Versorgungssicherung Deutschlands und Europa von wachsender Bedeutung ist. *Zumal Soja nicht nur für die Futtermittelherstellung, sondern auch direkt für die Humanernährung eine immer größere Rolle spielt, z. B. für vegetarische oder vegane Produkte. Die Lebensmittelwirtschaft unternimmt im Zuge dieser Entwicklung große Anstrengungen, Soja aus Deutschland bzw. aus Europa zu beziehen.*

2. Strategische Inkohärenz und handelspolitischer Schaden

Es entsteht ein gefährliches Paradoxon: Während sich die EU für neue Freihandelsabkommen einsetzt, errichtet sie mit der High-iLUC-Einstufung faktisch eine neue, *nichttarifäre Handelsbarriere* gegen den wichtigsten Proteinlieferanten unserer Partnerregionen sowohl in Nord-, als auch in Südamerika. Dies beschädigt nicht nur die Glaubwürdigkeit der europäischen Außenwirtschaftspolitik massiv, sondern ist zugleich eine unnötige Provokation, die neue Handelskonflikte befeuert – besonders mit den USA, die ebenfalls massiv betroffen wären.

Zudem existieren mit der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte (EUDR) und den Nachhaltigkeitskriterien der Renewable Energy Directive (RED) bereits Instrumente, die die Wirtschaft und den Handel massiv belasten. Eine zusätzliche High-iLUC-Einstufung ist regulatorisch redundant und bestraft jene Akteure, die bereits erheblich in Rückverfolgbarkeit investiert haben.

3. Methodische Mängel und veraltete Datenbasis

Die Datenbasis der geplanten Einstufung bildet die agrarwirtschaftliche Realität des Jahres 2026 nicht mehr ab und ignoriert wichtige Fakten. Sie muss korrigiert werden: Die *rein energetische Betrachtung* degradiert die Sojabohne zu einem bloßen

Energieträger und erkennt den wahren Wert ihrer Proteinkomponente. Notwendig ist eine Korrektur, die den tatsächlichen Markttreiber – den Proteinbedarf – als maßgeblichen Faktor anerkennt.

Zudem werden auch *Mehrfachernten* („Double Cropping“) völlig ignoriert: In Hauptanbaugebieten folgt auf die Sojaernte im selben Jahr oft Mais oder Baumwolle. Der Hektar ist also doppelt so produktiv, was in der EU-Berechnung ignoriert wird. Eine korrekte Berechnung würde den Risikowert signifikant reduzieren.

In der Delegierten Verordnung (EU) 2019/807, Artikel 3a, ist eindeutig festgelegt, dass für die Einstufung als High-iLUC-Risiko die durchschnittliche jährliche Flächenausdehnung seit 2008 maßgeblich ist. Dass die Delegierte Verordnung nun im Nachhinein geändert werden soll, um die Änderung der Methodik zu legitimieren und statt dem Jahr 2008 nun das Jahr 2014 zu verwenden, halten wir für inkonsistent und bedenklich.

4. Funktionsfähige Märkte statt neuer Bruchlinien

Für die europäischen Agrarhandelsunternehmen ist Soja nicht nur ein Rohstoff für die Verarbeitung, sondern ein zentraler Baustein in hochkomplexen, global verzahnten Liefer- und Wertschöpfungsketten. Über die Handelsunternehmen werden Sojabohnen, -schrote und -öle aus unterschiedlichen Herkunftsregionen gebündelt, qualitätsgesichert und in vielfältige Absatzkanäle für Futtermittel-, Lebensmittel- und Verarbeitungsindustrie in der EU verteilt. Diese Handelsströme gewährleisten Wettbewerb, Versorgungssicherheit und Preisstabilität entlang der gesamten Kette – vom Landwirt bis zur verarbeitenden Industrie.

Erste Analysen der Futtermittelwirtschaft zeigen, dass EUDR-konforme Sojaprodukte bereits jetzt mit deutlichen Aufschlägen angeboten werden und das Angebot an zertifizierter Ware zeitweise nicht ausreicht, um die gesamte EU-Nachfrage zu decken. Dies treibt die Preise für Sojaschrot und alternative Proteinträger nach oben und belastet die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Tierhaltung und Veredelungswirtschaft zusätzlich.

Eine parallele High-iLUC-Einstufung von Soja würde diesen Druck weiter verstärken: Sie verengt die Absatzwege für Sojaöl, schwächt damit die Wirtschaftlichkeit der Koppelproduktion und führt zwangsläufig zu höheren Beschaffungskosten entlang der gesamten Kette – vom Import über die Verarbeitung bis hin zu Futtermittelherstellern und landwirtschaftlichen Betrieben.

5. Vertragssicherheit und Lieferrisiken

Die geplante High-iLUC-Einstufung von Soja birgt zudem ein erhebliches Vertrags- und Lieferrisiko entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Ein großer Teil der Sojaimporte und -verarbeitungsströme ist in mittel- bis langfristigen Liefer- und Rahmenverträgen, einschließlich Absicherungs- und Logistikvereinbarungen, fest gebunden. Werden Verwertungswege – etwa im Biokraftstoffsektor – kurzfristig regulatorisch eingeschränkt, können zugesagte Absatzkanäle wegfallen, vereinbarte Spezifikationen nicht mehr erfüllt werden und es drohen Vertragsstrafen sowie kostspielige Neuverhandlungen.

Für Handelsunternehmen bedeutet dies höhere Risikoaufschläge, geringere Bereitschaft, langfristige Verpflichtungen einzugehen, und eine Zurückhaltung bei der Finanzierung von Lager- und Transportkapazitäten. Damit wird ausgerechnet die Funktion des Handels als Puffer für Preis-, Mengen- und Logistikerisiken geschwächt – mit unmittelbaren Folgen für die Stabilität und Planbarkeit der europäischen Soja- und Proteinversorgung.

Mitzeichnende Verbände

Der **Bundesverband Bioenergie e. V. (BBE)** wurde 1998 als Dachverband der im Bioenergiesektor tätigen Unternehmen und Institutionen gegründet. Zu seinen Mitgliedern zählen Unternehmen, Verbände und Forschungseinrichtungen aus den Bereichen der festen, flüssigen und gasförmigen Bioenergie. Die Mitglieder decken von der Bereitstellung von Biomasse über die Planung von Bioenergieanlagen, den Anlagenbau sowie den Betrieb von Anlagen bis hin zu weiteren relevanten Dienstleistern die gesamte Wertschöpfungskette ab.

Der **Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)** vertritt als einer der führenden Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft die allgemeinen berufsständischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Interessen seiner Mitgliedsverbände und -unternehmen aus den Branchenzweigen des Produktionsverbindungshandels, des Konsumgütergroßhandels und des baunahen Großhandels. Er ist das Bindeglied zwischen Industrie und Landwirtschaft, Handwerk und Einzelhandel.

Die **Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE)** ist die Interessenvertretung der Fachverbände und Unternehmen der deutschen Ernährungsindustrie. Die Aufgabe der BVE ist es, sich für wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen einzusetzen, die den deutschen Lebensmittelherstellern verantwortliches und unternehmerisches Handeln ermöglichen und die Zukunftschancen der Unternehmen der Ernährungsindustrie am Standort Deutschland, als drittgrößter Industriebereich, sichern.

DER AGRARHANDEL - Bundesverband Agrarhandel und Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse e. V. ist die Interessenvertretung des Agrarhandels in Deutschland. Seine Mitgliedsunternehmen beliefern die Landwirtschaft mit Saatgut, Pflanzenschutz- und Düngemitteln sowie Futtermitteln. Sie erfassen bundesweit Agrarrohstoffe, wie Getreide und Ölsaaten, und vermarkten sie als Nahrungs- und Futtermittel im In- und Ausland. Auch zählen internationale Im- und Exporteure sowie Makler von Agrarerzeugnissen zu den Mitgliedern. DER AGRARHANDEL e.V. ging 2022 aus einer Verschmelzung des Bundesverbands Agrarhandel e.V. (BVA) und des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse e.V. (VdG) hervor. Er unterhält Geschäftsstellen in Hamburg und Berlin.

Der **Deutsche Bauernverband e.V. (DBV)** ist der Dachverband der deutschen Landwirtschaft. Er vertritt die Interessen von Landwirten, Familienbetrieben und ländlichen Räumen parteipolitisch unabhängig. Der DBV steht mit politischen Entscheidungsträgern, mit den Akteuren der Agrarwirtschaft sowie mit Medien und gesellschaftlichen Vertretern in ständigem Kontakt, um die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten. Über die Büros in Berlin und Brüssel ist der DBV der zentrale Ansprechpartner für alle politischen Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.

Der **Deutscher Raiffeisenverband e.V. (DRV)** vertritt die Interessen der genossenschaftlich orientierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Als wichtiges Glied der Wertschöpfungskette Lebensmittel erzielen die 1.635 DRV-Mitgliedsunternehmen in der Erzeugung, im Handel und in der Verarbeitung von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen mit rund 110.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Umsatz von 77,8 Milliarden Euro. Landwirte, Gärtner und Winzer sind die Mitglieder und damit Eigentümer der Genossenschaften.

Der 1980 gegründete **Deutsche Sojafördering e. V.** hat aktuell 218 Mitglieder entlang der Soja-Wertschöpfungskette und engagiert sich für Anbau und Verarbeitung von Sojabohnen in Deutschland. Zentrale Aktivitäten sind die Sammlung und Verbreitung von Wissen und die Förderung der Marktentwicklung.

Deutscher Verband des Großhandels mit Ölen, Fetten und Ölorohstoffen e. V. **Grofor** wurde 1916 in Hamburg von 25 Unternehmern aus dem Handel mit Lebensmittelschmalz und -fetten, Tran, technischen Fetten für die Seifen- und Kerzenindustrie sowie pflanzlichen Ölen gegründet. Der Grofor vertritt bundesweit die mit Fetten, Ölen und Ölorohstoffen handelnden Agrarunternehmen. Mit ihrer Tätigkeit stehen diese Unternehmen für Fortschritt in der Branche, freien internationalen Handel und offenen Diskurs mit Drittländern.

OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e. V. vertritt die Interessen der ölsaatenverarbeitenden und pflanzenölraffinierenden Unternehmen in Deutschland. Die im Verband organisierten Unternehmen verarbeiten jährlich rund zehn Millionen Tonnen Ölsaaten, raffinieren zwei Millionen Tonnen Pflanzenöl und produzieren sechs Millionen Tonnen Ölschrote. Diese Produkte sind systemrelevant für die Lebensmittelversorgung in Deutschland. Sie werden unter anderem als Grundnahrungsmittel verwendet sowie im Kontext der Bioökonomie für Kosmetika, Waschmittel, Farben und Lacke oder auch als Nutztierfutter oder für die Herstellung von Biodiesel eingesetzt.

Die **Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V. (UFOP)** vertritt die politischen Interessen der an der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung heimischer Öl- und Eiweißpflanzen beteiligten Unternehmen, Verbände und Institutionen in nationalen und internationalen Gremien. Die UFOP fördert Untersuchungen zur Optimierung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Entwicklung neuer Verwertungsmöglichkeiten in den Bereichen Food, Non-Food und Feed. Die Öffentlichkeitsarbeit der UFOP dient der Förderung des Absatzes der Endprodukte heimischer Öl- und Eiweißpflanzen.